

An die Deutschschweizer  
Medien

Bern, 26. Juni 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Noch dauert es einige Zeit bis zum nächsten Abstimmungstermin, den 23. September 1990. Dennoch hat der Abstimmungskampf für und wider die beiden Initiativen "Stopp dem Atomkraftwerkbau" und "für den Ausstieg aus der Atomenergie" (Moratorium) schon begonnen.

Das überparteiliche Komitee gegen diese beiden Initiativen stellt Ihnen mit dieser Ausgabe den ersten von insgesamt zehn Pressediensten vor. Er enthält folgende Beiträge zu Ihrer freien Verwendung:

1. Karikatur

2. Die Option Kernenergie muss offen bleiben

Von SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander, Oetwil a.d.L. (ZH)

3. Zwillinge in verschiedener Kleidung

Von Jens Lundsgaard-Hansen, Pressechef SVP

4. Schweden probt den Ausstieg

Von Matthias Stadelmann

5. Strom-Funken

6. Kernenergie: ein positiver Beitrag für den Schutz der Umwelt

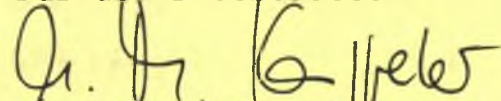
Überparteiliches Aktionskomitee gegen die beiden Atom-  
Initiativen konstituiert  
(Communiqué)

Beilage: Patronatskomitee

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit unserem Dienst nützlich sein können und danken Ihnen im voraus für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss:

  
Anna-Marië Kappeler

Beilage erwähnt



WAS MEINST DU - VIELLEICHT HÄTTE WIR UNS DIE UMSTELLUNG  
AUF FOSSILE BRENNSTOFFE DOCH BESSER ÜBERLEGEN SOLLEN?



Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom  
23. September 1990:

Von SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander, Oetwil a.d.L. (ZH), Präsident des Gewerbeverbandes des Kantons Zürich

Die Option Kernenergie muss offen bleiben!

### Ausgangslage

Am 23. September 1990 wird das Schweizervolk über zwei energiepolitische Volksbegehren abzustimmen haben:

a) über die Initiative "Stopp dem Atomkraftwerksbau"  
(genannt "Moratoriumsinitiative")

und

b) über die Initiative "für einen Ausstieg aus der Atomenergie" (genannt "Ausstiegsinitiative").

Die Moratoriumsinitiative verlangt, dass während 10 Jahren keine Bewilligungen für neue Kernkraftwerke erteilt werden dürfen.

Die noch weitergehende Ausstiegsinitiative will die Inbetriebnahme neuer und die Erneuerung bestehender KKW verhindern; darüber hinaus sollen nach dem Willen der Initianten die 5 bestehenden KKW so rasch als möglich stillgelegt werden, und es dürften auch keine neuen Wasserkraftwerke, welche die Landschaft beeinträchtigen, erbaut werden.

### Ablehnungsgründe

Aus der Sicht der SVP sprechen alle wirtschaftlichen, versorgungspolitischen sowie umweltbezogenen Ueberlegungen, indirekt auch bildungspolitische Gründe, gegen die beiden Initiativen. Eine Annahme der beiden Volksbegehren würde die Energieversorgung der Schweiz ernstlich gefährden und unsere Wirtschaft entscheidend schwächen. Unser Land würde versorgungsmässig dem Ausland ausgeliefert und auf dem Gebiet der nuklearen Forschung und Technik zu einem Entwicklungsland absinken. Die Initiativen sind ohne jedes Wenn und Aber zu bekämpfen.

### Hoher Stellenwert der Elektrizität

Die Elektrizität deckt rund einen Fünftel des schweizerischen Energiebedarfs. Wünschbar (und anzustreben) ist eine Erhöhung dieses Anteils, nicht eine Reduktion, und dies allein schon aus Umweltschutzgründen. Hier wird bereits der innere Widersinn der beiden Initiativen sichtbar: Sie nehmen ausgerechnet den saubersten und umweltschonendsten Energieträger aufs Korn!

Die Schweiz produziert gegenwärtig 60 % ihrer Elektrizität aus Wasserkraft und (im Jahresdurchschnitt) 38 % aus Kernkraft; im Winter allerdings steigt der Anteil der letzteren auf 45 %. Bei realistischer Betrachtung der technischen und auch politischen Möglichkeiten gibt es in naher und mittlerer Zukunft keine Alternative zum Kernkraftanteil bei unserer Stromversorgung. Das Ausbaupotential der Wasserkraft ist zwar in technischer Hinsicht noch beträchtlich, findet jedoch seine Grenzen an Oekologie und Landschaftsschutz und reicht deshalb niemals aus, um die aus einem Wegfall der Kernenergie entstehende Lücke zu stopfen.

Die Bedürfnisse von Wirtschaft und Verkehr nach elektrischer Energie werden in den nächsten Jahren zunehmen. Als einziges Beispiel sei der Schienenverkehr angeführt, dessen Strombedarf sich in den kommenden 30 Jahren (S-Bahn, Neat, Bahn 2000, Umsteigeeffekt etc.) gegenüber heute verdoppeln wird.

### Fragwürdige Alternativen

Erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind oder Erdwärme sind, so wünschbar ihre Förderung auch ist, weder heute noch auf längere Sicht eine echte Alternative zur Kernenergie. Ihre Nutzung ist unwirtschaftlich und steckt technisch teilweise noch in den Anfängen. Innert nützlicher Frist stellen die Alternativenergien keinen ins Gewicht fallenden Ersatz für die hydraulische und die nukleare Stromgewinnung dar.

Auch ohne die beiden Atominitiativen gehen in der Schweiz Forschung und Entwicklung im Alternativenergiebereich zügig vorwärts.

### Ueberschätztes Sparpotential

Es gibt in der Schweiz keinen ernst zu nehmenden Kreis, der sich nicht nach Kräften für einen haushälterischen Umgang mit den Energieträgern einsetzen würde. Industrie und Gewerbe können auf beträchtliche (und zählbare!) Erfolge bei ihren Bemühungen um die Entwicklung energiesparender Geräte und Verwendungsabläufe verweisen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Entwicklung auf dem Gebiet des Energiesparens umso wirksamer voranschreitet, je mehr sie marktwirtschaftlichen Regeln folgt. Für die öffentliche Hand heisst dies, dass der beste Energiespareffekt weniger durch Verbote und Vorschriften als vielmehr durch günstige gesetzliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erzielt wird.

Trotz der relativ guten Verankerung des Energiespargedankens in der Bevölkerung bestehen noch keinerlei Anhaltspunkte für die wirkliche Akzeptanz von rigorosen Sparvorschriften in unserem Volke. Insbesondere weiss niemand, in welchem Masse die Bevölkerung zu einem mit Energiebeschränkungen (wie sie mit der Annahme der beiden Initiativen unausweichlich würden) verbundenen Komfortverzicht bereit wäre. An der seit zehn Jahren festzustellenden Verbrauchszunahme an elektrischer Energie um jährlich knapp 3 % ist der Privatverbrauch im gleichen Masse beteiligt wie Industrie und Verkehr. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Absage an die Kernenergie als völlig unrealistisch, es sei denn, wir wollten zur Stromgewinnung wieder zu den fossilen Brennstoffen zurückkehren, was mehr als nur ein ökologischer Sündenfall wäre.

### Die Schweiz als nukleares Entwicklungsland ?

Ein Ausstieg aus der Kernenergie (bei einer Annahme der Moratoriumsinitiative wäre es nicht viel anders) käme in der Schweiz jede nukleare Forschung und Entwicklung zum Erliegen. Bald würde eine ganze Generation von ausgebildeten Nukleartechnikern fehlen, und die entsprechenden Lehrstühle und Einrichtungen an Hochschulen und HTL würden überflüssig. Die Schweiz verlöre den Anschluss an das internationale Geschehen auf diesem Gebiet und würde technisch

und wissenschaftlich zu einem Entwicklungsland. Dies können wir gegenüber der nach uns folgenden Generation nicht verantworten, denn ein Rückstand auf dem Gebiet der Nukleartechnik wäre nicht mehr aufzuholen.

Unter den Argumenten, die gegen die beiden Volksinitiativen sprechen, dürfen deshalb die bildungspolitischen Gründe nicht vernachlässigt werden. Die Aufholung eines technischen Rückstandes ist bekanntlich leichter als die Wiedergewinnung von verlorenem Know-how.

#### Einseitiges Gefahrenargument

Die in der Schweiz betriebenen KKW zeichnen sich durch einen auch international anerkannten hohen Sicherheitsstandard aus. Seit ihrer Inbetriebnahme haben sie stets, von unbedeutenden Störungen abgesehen, um die 40 % unseres Strombedarfs gedeckt. Das von den KKW-Gegnern hochgespielte Restrisiko müsste vernünftigerweise auf alle anderen technischen Bereiche, auch auf das Verkehrswesen, ausgedehnt werden. Bei einem zerstörerischen Erdbeben wären beispielsweise die Bergkantone durch die alpinen Stauseen mehr gefährdet als die Regionen um die Kernkraftwerke.

Die rund 400 auf der Welt bestehenden KKW haben seit dem Jahre 1954 gegen 6000 Betriebsjahre geleistet, ohne dass grössere Zwischenfälle vorgekommen oder Menschen zu Schaden gekommen wären. Kaum eine andere Technologie kann dies von sich behaupten. Die Ausnahme Tschernobyl hatte ihre Ursache bekanntlich in einem (inzwischen Bankrott gegangenen) verfehlten gesellschaftlichen System, in dem die Planerfüllung wichtiger war als Mensch und Natur.

Doppelt unvernünftig erscheint eine Absage an die Kernenergie zu einem Zeitpunkt, da weltweit die Schaffung von noch rationelleren Reaktoren einer neuen Generation mit noch höherem Sicherheitsgrad in Griffweite rückt. Mit einem Ja zu den Initiativen würde sich die Schweiz - und nur zum Schaden ihrer selbst - von dieser Entwicklung abschneiden.



### Zusammenfassung

Sowohl aus grundsätzlichen als auch aus pragmatischen Ueberlegungen tritt die SVP für eine Offenhaltung der Option Kernenergie ein, woraus sich automatisch die Parole zur Verwerfung der Moratoriums- und der Ausstiegsinitiative ergibt.

Einen mehr als ansatzweisen Ersatz für die wegfallende Kernenergie gibt es auf längere Sicht nicht. Das Energiesparpotential ist begrenzt. Die Energieansprüche unserer Wirtschaft können ohne schwerwiegende Nachteile nicht beschnitten werden. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu einschneidendem Komfortverzicht ist nicht nachgewiesen. Jede Alternative zur Kernenergie ist vorläufig entweder utopisch, zu kostspielig oder umweltschädigend.

Die Möglichkeit, die bestehenden KKW nachzurüsten und am Ende ihrer technischen Lebenszeit nach dem neuesten Stand der Nukleartechnologie zu ersetzen, darf nicht verbaut werden. Unserer Nachfolgegeneration den Entscheid über die Kernenergie vorwegzunehmen und ihr eine auslandabhängige Energieversorgung zu hinterlassen, wäre unverantwortlich.

Die SVP sagt zu beiden Volksbegehren klar nein.

\* \* \* \* \*

Eidg. Abstimmung über die Atominitiativen am 23. September 1990:

### Zwillinge in verschiedener Kleidung

Von Jens Lundsgaard-Hansen, Pressechef SVP

Der 23. September 1990 entscheidet über das Schicksal der Kernenergie in der Schweiz: Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden an jenem Wochenende über die beiden Atominitiativen zu entscheiden haben. Die eine nennt sich Moratoriums-, die andere Ausstiegs-Initiative, doch beide sind radikal gegen die Kernenergie gerichtet und deshalb abzulehnen.

Die Moratoriums-Initiative gibt sich gemässigt: gefordert ist ein zehnjähriger Bewilligungs- und Baustop für Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie, und zwar für Elektrizitätswerke ebenso wie für Heizreaktoren. Die angestrebte "Denkpause" würde damit in der Verfassung verankert, die Kernenergie gleichsam zum Tabu erklärt. In der zweiten Initiative wird offen bekannt, dass es um den Ausstieg aus der Kernenergie geht. Das heisst keine neuen Anlagen, aber auch keine Erneuerung bestehender Anlagen, kurz: ein Abwürgen der Atomenergie. Dass die beiden Initiativen das gleiche Ziel verfolgen, ist nicht nur dem Bundesrat, sondern auch den Initianten klar: "wir stimmen zweimal Ja", so offenbaren sie sich in einem sorgfältig aufgemachten Demonstrationsflugblatt, "weil ein Erfolg auch bloss einer der Initiativen die "Option Kernenergie" politisch erledigt."

### Ratlosigkeit, wenn 40 Prozent fehlen würden

Nach der "Erledigung" dürfte allerdings Ratlosigkeit um sich greifen. Denn die Atomenergie deckt heute rund 40 Prozent des Stromverbrauches der Schweiz. Diese nackte Zahl – 40 Prozent – sagt alles: ohne Atomenergie würde die Stromversorgung unseres Landes zusammenbrechen. Die Auswege sind verbaut: die sog. alternativen Energien – Sonne, Wind oder Biogas zum Beispiel – können selbst bei sehr optimistischen Schätzungen innert nützlicher Frist nie einen derartigen Anteil abdecken. Den massiven Ausbau der Wasserkraft verbaut nicht nur die Rücksicht auf die Natur und Topographie unseres Landes, sondern auch die Ausstiegs-Initiative selbst: natürliche Gewässer dürfen,



so heisst es im Text, durch neue Kraftwerksbauten nicht beeinträchtigt werden. Einen weiteren "Ausweg", nämlich noch mehr Importe aus ausländischen Atomkraftwerken, sollte die Ehrlichkeit aus der Diskussion werfen.

### Schlüsselenergie der Zukunft

Natürlich, es bleibt noch die rationellere Nutzung der Energie. Doch auch sie wird trotz aller Anstrengungen und Fortschritte keine Wunder bewirken und den 40-prozentigen Anteil der Atomkraft einfach wegzaubern können. Die ungebrochene jährliche Zuwachsrate beim Stromverbrauch ist nur die eine Tatsache, die es dabei in Erinnerung zu behalten gilt. Hinzu kommt die Bedeutung der Elektrizität als Energieträger an sich: Strom ist eine Schlüsselenergie für Haushalte, Industrie und Gewerbe. Energie für die Produktion, für Steuerungen und hochtechnische Anwendungen, Energie auch für die Zukunft der Informatik und Telekommunikation. Und Strom ist auch saubere Energie: die CO<sub>2</sub>-Problematik – Stichwort Treibhauseffekt – verbietet es, weg vom Strom und hin zu den fossilen Treibstoffen zu gehen – eine Vision, die ohne Atomstrom unweigerlich Wirklichkeit werden müsste.

Trotz der unterschiedlichen Kleidung entpuppen sich die Initiativen in ihrer Zielsetzung als Zwillinge: beide wollen sie die "Option Kernenergie erledigen". Doch gerade diese Option muss offengehalten werden, um in unserem Land weiterhin eine verantwortungsvolle und reaktionsfähige Energiepolitik betreiben zu können.

\*\*\*

## Schweden probt den Ausstieg aus dem Ausstieg

Das "Modell Schweden" dient vielen Kernenergie-Gegnern gerne und häufig als Argument gegen Kernenergie-Anlagen. "Wenn der Ausstieg aus der Kernenergie in Schweden bis zum Jahr 2010 möglich ist, dann muss dies auch bei uns realisierbar sein", hört man allenthalben. Dabei befinden sich aber die so Lamentierenden in zweierlei Hinsicht auf dem argumentatorischen Glatteis.

Zum Ersten kann man ihnen entgegenhalten, dass die Vorgaben in Schweden und in der Schweiz nicht ganz dieselben sind. So benutzen die Schweden etwa fast die Hälfte ihres elektrischen Stromes für Heizzwecke. In der Schweiz wird viel weniger Strom für das Heizen verbraucht. Deshalb geraten die Schweden hier in eine Art Zwickmühle. Gleichzeitig mit dem Ausstieg aus der Kernenergie hat das schwedische Parlament beschlossen, den Anstieg der CO-2 Schadstoffwerte zu bekämpfen. Wenn also die Schweden in Zukunft mit mehr Öl oder Gas statt mit Strom heizen, wird zwangsläufig der CO-2-Ausstoß ansteigen. Voilà la brouille!

Zum Zweiten irren sich die Kernenergie-Gegner, wenn sie Schwedens Ausstieg als bare Münze nehmen. Noch ist er nicht vollzogen und in Schweden stehen die Zeichen eher auf "Ausstieg aus dem Ausstieg". 1995 und 1996 sollen zu Testzwecken die ersten beiden Reaktoren ausgeschaltet werden. Der Stromausfall wird nicht etwa durch vermehrte Nutzung der Wasserkraft kompensiert. Nein, auch in diesem Bereich haben sich die Schweden die Zukunft verbaut. Zwar bestünde im Norden Schwedens die Möglichkeit, drei Flussläufe zu stauen. Aus Gründen des Umweltschutzes haben die Schweden diese drei Flussläufe aber zu Naturreservaten erklärt. Ihre wirtschaftliche Nutzung ist tabu. Irgendwoher muss der Strom, den die zwei auszuschaltenden Meiler nicht mehr produzieren, aber kommen. Und die schwedische Lösung ist ebenso simpel wie verblüffend: Der Ausfall zweier Kernkraftwerke wird mit Kernkraft wettgemacht! Indem man die Leistung der verbleibenden zehn Anlagen erhöht, kann der auch in Schweden stetig ansteigende Strombedarf weiterhin gedeckt werden.

Auch in Schweden hat man gemerkt, dass Energiesparen Strom braucht. Desgleichen blickt man punkto Arbeitsplatz-Situation skeptisch in die Zukunft. Der schwedische Industrieminister, vormals

Gewerkschaftsführer, fürchtet heute in der Folge eines Ausstiegs aus der Kernenergie den Verlust von gegen 200'000 schwedischen Arbeitsplätzen. Er setzt sich entsprechend hart für den Ausstieg aus dem Ausstieg ein. Auch vielen Schweden geht es mittlerweile nicht anders. Und so scheint in Schweden der vielgerühmte Ausstieg aus der Kernenergie eine Frage auf Zeit zu sein. Die Schweden warten auf den Zeitpunkt, in dem das Parlament den Ausstieg aus dem Ausstieg beschliessen kann, ohne das Gesicht zu verlieren. In der Zwischenzeit spielt man halt weiter auf Zeitgewinn.

Wo bitte ist das schwedische Vorbild geblieben?

Matthias Stadelmann



Strom-Funken

\* Mein Nachbar hat im Sinne des Umweltschutzes zugeschlagen und sich ein Elektromobil angeschafft. Quasi als erste Amtshandlung hat er am Heck einen "Strom - ohne Atom!"-Kleber befestigt. Nach zwei Betriebstagen musste er nun die Hilfe der anderen Nachbarn in Anspruch nehmen: sein Elektromobil war mangels Energie liegengelassen und das hohe Batteriegewicht verlangte nach mehreren Armen und Beinen zum Schieben. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm auch freundlich klargemacht, dass er mit Annahme der Atominitiativen wohl nur noch 60 Prozent der ursprünglichen Reichweite haben würde, da er als grüner und umweltbewusster Mensch ja auf Atomstrom verzichten wolle. Siehe Kleber.

Am nächsten Morgen hat er diesen entfernt, noch bevor er die über Nacht aufgeladenen Akkus wieder in Betrieb nahm...

\* Auch der rot-grüne Zürcher Stadtrat hat bewiesen, wie einfach Energiesparen doch ist. Wenigstens auf dem Papier. So könnte die Nutzung der Wärme des Abwassers der Abwasser-Reinigungsanlage Werdhölzli jährlich 16'000 Tonnen Heizöl einsparen. Nach Ueberarbeitung eines entsprechenden Projektes hat die Stadtregierung dieses nun aus dem Verkehr gezogen. Für mindestens zwanzig Jahre, wie Insider befürchten. Grund: der Stadtrat hat herausgefunden, dass der Oelpreis auf 140 Franken pro 100 Kilogramm ansteigen müsste, damit Abwasserheizung und Oelheizung gleich teuer wären. Momentan steht er gerade auf 35 Franken...

\* Bravo! Nein, nicht für Bundesrat Ogi's Energiesparkampagne, sondern für alle Schweizer, die dieser so erfolgreich nachleben. Immerhin hat der Stromverbrauch im letzten Jahr dank Kampagne nur um 2 Prozent zugenommen. Man stelle sich diese Zunahme ohne "Bravo" vor! Schade eigentlich, dass die Abstimmung über Kernenergie nicht wirklich an der Steckdose vorgenommen werden muss...

## Kernenergie: ein positiver Beitrag für den Schutz der Umwelt

Überparteiliches Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen  
konstituiert

(Communiqué)

In Bern hat sich heute das überparteiliche Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen konstituiert, über die am 23. September 1990 abgestimmt wird. Dem Komitee unter dem Kopräsidium der Nationalräte Vreni Spoerry (FDP/ZH), Albrecht Rychen (SVP/BE) und François Jeanneret (LPS/NE) sowie Ständerat Daniel Lauber (CVP/VS) gehören 130 eidgenössische Parlamentarier an.

Nach Meinung der Gegner der Initiativen "Stopp dem Atomkraftwerkbau" und "für den Ausstieg aus der Atomenergie" (Moratorium) trägt die Ablehnung oder Erschwerung der Kernenergie der Tatsache nicht Rechnung, dass in der Schweiz bereits heute vierzig Prozent des Stroms aus Kernkraftwerken stammen. Effizientere Energienutzung und Alternativenergien könnten diesen hohen Anteil Atomstrom nicht ersetzen. Die Mitglieder des Aktionskomitees sind zudem überzeugt davon, dass Kernenergie - da sie kein Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) produziert - einen positiven Beitrag für den Schutz der Umwelt liefert.

Bern, 15.06.90